



Im Gespräch: (von links) CDU-Landtagskandidaten Felix Schreiner, Direktor Bernhard Späth, Staatssekretär Hans-Joachim Fuchtel und MdB Armin Schuster (CDU)

FOTO: PRIVAT

BE 12.2.11

# Politik ist auch gefordert

## Staatssekretär Fuchtel im Fachgespräch mit Leitungskräften aus der Altenhilfe

HERTEN (BZ). Das Problem der Pflege kann nicht mit einem Pauschalakt gelöst werden, sondern vielmehr durch eine Vielzahl von mosaikartigen Maßnahmen, sagte der parlamentarische Staatssekretär im Bundesarbeitsministerium, Hans-Joachim Fuchtel, in einem Fachgespräch mit Leitungskräften aus dem Altenpflegebereich, das im Sankt-Josefshaus Hertens stattfand.



Der Staatssekretär war in Begleitung des CDU-Landtagskandidaten Felix Schreiner auf Einladung des Abgeordneten Armin Schuster (CDU) ins Dreiländereck gekommen. Angesichts des drohenden Fachkräftemangels sei dabei ein Mosaikstein sicherlich das Image des Pflegeberufs, gab der Staatssekretär zu bedenken. Andere Berufszweige hätten Wege gefunden, indem sie vom Image-Ansatz her die Problematik bearbeitet hätten. Hier seien gerade auch die Träger gefragt, das ihrige beizutragen. Zum Beispiel, dass Beruf und Familie besser miteinander vernetzt sein müssten. Gerade in einem Bereich, indem ein hoher Anteil an Frauen arbeitet, seien bessere Angebote im Bereich der Kinderbetreuung notwendig, so Fuchtel. Dabei dürfe man keine pauschalen Lösungen von der Politik erwarten, vielmehr sei man Vorort gefordert „starke Initiativen“

zu entwickeln. In diesem Zusammenhang machte der Staatssekretär darauf aufmerksam, dass zurzeit rund 700 000 Alleinerziehende von Harz IV betroffen sind. Das sei ein „unmöglich großer Markt“, den man für die Pflege gewinnen müsse.

So ganz entließen die Träger die Politik jedoch nicht aus der Haftung. Die Personalleiterin des Sankt-Josefshaus Beate Pfriender-Muck wies auf die Problematik der Anerkennung von Berufsabschlüssen im Pflegebereich hin. Das sei wirklich „ein Unding“. Man wisse in der Praxis schon gar nicht mehr, wohin man die Leute noch schicken soll, damit sie sich ihren Berufsabschluss anerkennen lassen. Das wolle sie „einmal deutlich an die Politik weitergeben“. Auch vermisse sie in der Altenhilfe die Möglichkeit zur so genannten „Schulfremdenprüfung“, mit der man gerade Vorort sehr gute Erfahrungen ge-

macht habe. Hier sehe sie in der Praxis Potenzial, erfahrene Pflegehelfer in einem Jahr zum Altenpflegehelfer weiter qualifizieren zu können. Leider sei dieses bewährte Instrument vor ein paar Jahren weggefallen.

Die Arbeitsbedingungen im Pflegebereich, so der Geschäftsleiter des evangelischen Altenwerks Lörrach Wolfgang Hügin, würden gerade durch den Gesetzgeber erschwert. Aus fachlicher Sicht sei die neue Heimpersonalverordnung geradezu „desaströs“. „Man verordnet uns, die Nachtwachen zu verstärken obwohl jeder Fachmann weiß, dass es gerade im Tagdienst am meisten klemmt.“ Da der gesamte Personalbestand nicht erhöht werden dürfe, führe das auch noch dazu, dass man die Nachtwachen auf Kosten des Tagdienstes besetzen müsse. „Solche Gesetze erschweren uns ganz massiv die Arbeit.“ Sie leide ganz allgemein unter zu viel Kontrolle. Der Pflege-TÜV habe doch gezeigt, dass man in Baden-Württemberg sehr gute Arbeit in der Pflege leiste. Die Politik muss den Trägern etwas entgegenkommen, gab der Direktor des Sankt-Josefshaus Bernhard Späth dem Gast aus Berlin mit auf den Weg. Die Pflege brauche Professionalität, sie brauche Qualitätssicherung, „aber alles mit dem nötigen Augenmaß“.